

## KGNW-FORUM 2010: Ambulante und stationäre Versorgung besser verzahnen

Die Pläne der Bundesregierung zur aktuellen und zukünftigen Gesundheitsreform standen im Mittelpunkt des diesjährigen Forums der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) am 8. Dezember 2010 in Neuss. Vor rund 400 Teilnehmern thematisierten die nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Barbara Steffens, die Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK Birgit Fischer, die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit Annette Widmann-Mauz sowie der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein Bernd Brautmeier, der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft Georg Baum und KGNW-Präsident Dr. Hans Rossels die Auswirkungen der Reformen auf die Versorgung der Patienten. Das Forum stand unter der Überschrift „Krankenhäuser im Spannungsfeld der Politik – Wohin führt der Weg?“ und wurde von Dr. Uwe Preusker moderiert.

Bereits im Vorfeld des nordrhein-westfälischen Krankenhaustags erklärte Dr. Hans Rossels, Präsident der KGNW, dass bei der Neuordnung der Strukturen der zukünftigen medizinischen Versorgung der Patient weiterhin im Fokus stehen müsse.

Deshalb wollen sich die Krankenhäuser als Gesundheitszentren weiterentwickeln und ihre Kompetenzen stärker als bislang in die ambulante Versorgung einbringen. Krankenhäuser und entsprechend spezialisierte Vertragsärzte sollen die Möglichkeit haben, ambulante spezialärztliche Leistungen (z. B. in der Onkologie, bei der Versorgung von HIV-Patienten) ohne Bedarfsplanung erbringen zu können. Ebenso sollen Medizinische Versorgungszentren in der Trägerschaft von Krankenhäusern weiter zugelassen werden, so Dr. Rossels.



Neben dem KGNW-Präsidenten Dr. Hans Rossels diskutierten die nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Barbara Steffens, der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft Georg Baum, der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein Bernd Brautmeier, die Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK Birgit Fischer (v. r. n. l.) und die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit Annette Widmann-Mauz (nicht im Bild) die aktuellen Entwicklungen der Gesundheitspolitik.



Die rund 400 Teilnehmer verfolgten aufmerksam die Ausführungen von Ministerin Steffens.

Das Bundesgesundheitsministerium hat für das Jahr 2011 ein Versorgungsgesetz zur Neuordnung der ambulanten Versorgung und der besseren Verzahnung des stationären und ambulanten Sektors angekündigt. Diese geplanten Weichenstellungen waren ein zentrales Thema in der Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bundes- und Landespolitik, Verbänden und Krankenkassen im Rahmen des KGNW-FORUM.

Weiterhin wurden die Auswirkungen der aktuellen Gesundheitsreform auf die Krankenhäuser erläutert. So befinden sich die Krankenhäuser im Spannungsfeld der Politik. „Die von Bundeskanzlerin und Bundeswirtschaftsminister befürworteten Tarifabschlüsse von über drei Prozent sind mit den jüngsten Sparmaßnahmen nicht zu finanzieren“, erklärte

der KGNW-Präsident in seiner Rede. Daher appelliert die Krankenhausgesellschaft NRW an die Bundesregierung Tarifsteigerungen zu refinanzieren. Der wirtschaftliche Aufschwung geht ansonsten an den 235.000 Beschäftigten in den nordrhein-westfälischen Kliniken vorbei und die Leistungsverdichtung nimmt weiterhin zu.

„Die Krankenhäuser brauchen insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung stabile finanzielle Rahmenbedingungen“, hob Dr. Rossels hervor. Bereits heute sind 50 Prozent der Krankenhauspatienten über 60 Jahre alt und rund 12 Prozent der Patienten sind demenz. Demenz ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das in den nächsten Jahren verstärkt zu einer Herausforderung für die Krankenhäuser werde. Die Kliniken

- **KGNW-FORUM 2010: Ambulante und stationäre Versorgung besser verzahnen**
- **Neuer Vizepräsident der KGNW gewählt**
- **Deutscher Krankenhaustag verzeichnet Besucherrekord**
- **Preis „Gesundes Land NRW“ verliehen**
- **Landesgesundheitskonferenz beschließt Empfehlung zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen**
- **Demografische Entwicklung wird Pflegemangel auslösen**
- **Gesundheitskongress des Westens am 15./16. März 2011 in Essen**
- **Düsseldorfer Krankenhausrechtstag am 12. Mai 2011**

haben sich bereits auf den Weg gemacht, um die medizinische Versorgung anzupassen. Sie stehen jedoch am Ende der Versorgungskette dementer Menschen und benötigen für den erhöhten Aufwand eine ausreichende Finanzierung.

Die Unterstützung der Krankenhäuser in der Versorgung dieser Patienten nannte NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens als eines ihrer Ziele. Es müsse ein System zur Honorierung von weiteren Krankenhausaufenthalten oder Komplikationen eingeführt werden. Außerdem sagte Steffens einen Sonderfonds von zunächst voraussichtlich 5 Mio. Euro im Haushalt 2011 zu. Dieser Fonds solle zur Unterstützung neuer Ansätze in der Struktur der Krankenhauslandschaft dienen und sei in den kommenden Jahren durchaus ausbaubar.

Reformen im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung kündigte Staatssekretärin Widmann-Mauz für 2011 an. Die Vorschläge der Gesundheitsministerkonferenz sollen als Basis für das neue Gesetz dienen.

Die Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK, Birgit Fischer, stellte heraus, dass sie in den Disease-Management-Programmen und der Integrierten Versorgung bereits Ansätze zur Überwindung der Sektorengrenzen sehe. Die Chance der IV-Verträge liege in einer gemeinsamen Optimierung der Versorgung. Weiterhin plädierte Fischer für eine sektorenübergreifende Bedarfsplanung. Bernd Brautmeier hob hervor, dass sich angesichts der demografischen Entwicklung und des Personalmangels die zukünftige Versorgung nur mit kooperativen Lösungen bewältigen lasse. Die IV-Verträge jedoch hätten bis auf einige Ausnahmen keinen systematischen Qualitätswettbewerb in Gang gesetzt.

DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum kritisierte, dass der Orientierungswert nicht wie gesetzlich vorgesehen umgesetzt worden sei, sondern die Grundlohnrate sogar noch gemindert wurde. Es müsse eine Diskussion zur Weiterentwicklung des ordnungspolitischen Rahmens begonnen werden.

## Neuer Vizepräsident der KGNW gewählt

In seiner 206. Sitzung Ende November 2010 wählte der Vorstand der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) Diplom-Kaufmann Ingo Morell zum neuen 1. Vizepräsidenten der KGNW.

Morell ist seit 2002 Geschäftsführer der Gemeinnützigen Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe mbH und war zuvor im Krankenhausbereich in mehreren leitenden Funktionen tätig.

Die Wahl war außerhalb des üblichen Turnus von 3 Jahren notwendig, da der bisherige Amtsinhaber Domkapitular Dieter Geerlings zum Weihbischof für das Bistum Münster ernannt wurde und Ende August die Bischofsweihe erhielt.



## Deutscher Krankenhaustag verzeichnet Besucherrekord

Vom 17. bis 20. November 2010 fand in Düsseldorf der 33. Deutsche Krankenhaustag mit über 2.400 Besuchern im Rahmen der weltweit größten Medizinmesse MEDICA statt.

Die deutschen Kliniken präsentierten sich unter dem Generalthema „Sicherstellung der Versorgung – Beitrag der Krankenhäuser“ als eine der leistungsstärksten Perspektivbranchen Deutschlands. Mit einem Umsatzvolumen von über 66 Milliarden Euro sind die 2.083 Krankenhäuser mit ihren 1,1 Millionen Beschäftigten ein maßgeblicher Wirtschaftsfaktor.

Über 80 Referenten nahmen in zahlreichen Vorträgen, Foren und Praxisseminaren zu den aktuellen gesundheitspolitischen und krankenhauserlevanten Fragen Stellung.

Im Mittelpunkt des 33. Deutschen Krankenhaustages standen die strukturellen und finanziellen Herausforderungen für die Krankenhausversorgung vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Die aktuellen ordnungspolitischen Reformbeiträge von Politik und Wirtschaft wurden vor dem Hintergrund des durchgreifenden Strukturwandels im deutschen Gesundheitswesen kritisch hinterfragt und innovative Lösungsansätze für die stationäre Versorgung aufgezeigt.

Der Eröffnungstag stand thematisch ganz im Zeichen der GKV-Finanzierungsreform und der Erwartungen der Krankenhäuser an das Reformprojekt. Hierzu erörterte Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler die gesundheitspolitischen Reformkonzepte der Regie-



Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (rechts) und DKG-Präsident Dr. Rudolf Kösters stellen sich nach der Eröffnungsveranstaltung den Fotografen.

rung. Rösler erklärte, dass eine noch effizientere Verzahnung stationärer und ambulanter Versorgung, eingebettet in einen fairen Wettbewerb zwischen den medizinischen Leistungserbringern, das ausdrückliche Ziel der Bundesregierung sei. Dazu werde es ein umfassendes Versorgungsgesetz geben. Rösler verteidigte außerdem das GKV-Finanzierungsgesetz (GKV-FinG) und bezeichnete die daraus resultierenden zusätzlichen Belastungen für die Kliniken als „moderat“. Im Anschluss diskutierte Rösler kritisch mit Spitzenvertretern der gemeinsamen Selbstverwaltung über diese Thematik.

Neben Prof. Dr. Hans Fred Weiser, Präsident des 33. Deutschen Krankenhaustages und Präsident des Verbandes der leitenden Krankenhausärzte (VLK), und Heinz Kölking, Präsident des Verbandes der Krankenhausedirektoren Deutschlands (VKD), sowie Irene Maier, Pflegedirektorin des Universitätsklinikums, nahm auch Dr. Rudolf Kösters, Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), an der Podiumsdiskussion teil.

Dr. Kösters begrüßte den ersten Schritt in eine lohnunabhängige Finanzierung, der mit dem GKV-FinG vollzogen würde. Gleichzeitig kritisierte er allerdings die Aussetzung der Einführung des Orientierungswertes und der stattdessen beschlossenen Fortführung der Grundlohnrate mit Abzügen. Die Mehrleistungsabschläge, die mit einer doppelten Degression einhergingen, seien ebenfalls nicht akzeptierbar.

Dr. Kösters forderte die Regierung auf, das Gesetz in 2011 nachzubessern und eine Öffnungsklausel für die zumindest anteilige Refinanzierung der Tarifsteigerungen aufzunehmen. Die Kostendämpfung zu Lasten der Krankenhäuser müsse beendet werden.

Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung fand die Schwerpunktveranstaltung der DKG zum Thema „Das G-DRG-System 2011“ statt. Im Rahmen dieser Fachveranstaltung wurden die Experten über die methodischen und klassifikatorischen Anpassungen für das G-DRG-System 2011 ausführlich informiert.

Diese beiden Veranstaltungen bildeten den Auftakt zu zahlreichen gesundheitspolitischen und praxisorientierten Vorträgen. Im Rahmen des Pflegeforums wurden die Themen „Personalmanagement – der wesentliche Erfolgsfaktor im Krankenhaus“, Zusammenarbeit der Berufe im Gesundheitswesen sowie Reform der Ausbildung diskutiert.

Neue Wege in der Investitionsfinanzierung erörterte Dr. Hans Rossels, Präsident der Krankenhausgesellschaft NRW, am zweiten Veranstaltungstag mit Georg Baum, DKG-Hauptgeschäftsführer, und Thilo Gewaltig, Bereichsleiter Versorgungsstrukturen und Firmenkunden der Deutschen Apotheker- und Ärztebank. Dabei erläuterte Dr. Rossels den Teilnehmern aus ganz Deutschland unter anderem das nordrhein-westfälische Modell der Investitionsfinanzierung. Der KGNW-Präsident zeigte die Stärken, aber auch die Schwächen dieses pauschalen Systems auf, in dessen Zentrum die Baupauschale als Verteilungsinstrument der Einzelförderung steht.

Weitere Themenschwerpunkte der folgenden Tage waren die Sektorübergreifende Qualitätssicherung in der Praxis, Unternehmenserfolg durch optimalen IT-Einsatz und Medizinische Versorgungszentren am Krankenhaus.

Der 34. Deutsche Krankenhaustag wird vom 16. bis 19. November 2011 in Düsseldorf stattfinden.



*NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens und KGNW-Präsident Dr. Hans Rossels nach der Podiumsdiskussion.*



*Der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration Günther Garbrecht (SPD) erläuterte KGNW-Geschäftsführer Matthias Blum seine Vorstellungen des zukünftigen Gesundheitswesens in NRW.*



*Ministerin Steffens forderte in ihrer Rede, den Patienten in den Mittelpunkt aller Überlegungen zum Gesundheitswesen zu stellen.*



*Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Norbert Post und die Geschäftsführerin der Alexianer Aachen GmbH Britta Marquardt führten ein Fachgespräch über die Situation der psychiatrischen Kliniken in NRW.*



*Georg Baum, DKG-Hauptgeschäftsführer, im Gespräch mit Dr. Hans Rossels, KGNW-Präsident, und Joachim Finklenburg, KGNW-Präsidiums- und Vorstandsmitglied und Hauptgeschäftsführer der Klinikum Oberberg GmbH (v. r. n. l.).*



*Bernd Brautmeier, Vorstand der KV Nordrhein, plädierte für kooperative Lösungen in der medizinischen Versorgung in NRW.*

## Impressionen KGNW-FORUM 2010



*Mit fast 400 Teilnehmern aus den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern, der Politik, den Verbänden und der Presse war das KGNW-FORUM auch 2010 gut besucht.*



*Birgit Fischer, Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK, diskutierte mit Joachim Finklenburg die Situation des deutschen Gesundheitswesens.*

## Preis „Gesundes Land NRW“ verliehen

NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens hat am 8. Dezember 2010 beispielhafte Projekte zur Verbesserung der Kindergesundheit mit dem „Gesundheitspreis Nordrhein-Westfalen 2010“ ausgezeichnet. Steffens erklärte, dass gerade Kinder und Jugendliche den Schutz der Gesellschaft besonders benötigen, da sie die gesundheitlichen Bedingungen, unter denen sie aufwachsen, noch nicht selbst gestalten können.

Der 1. Preis ging an die Stadt Gelsenkirchen mit ihrem Projekt „Netzwerk und Aktionsprogramm – Gesunder Start ins Leben“, welches mit seinen Maßnahmen dazu beigetragen hat, dass die Säuglingssterblichkeit kontinuierlich gesunken ist.

Der 2. Preis wurde zweimal vergeben, einmal an die Stadt Herford, die mit dem Projekt „Frühe Hilfe für benachteiligte Familien“ besonders erstgebärende junge Frauen und junge Mütter, die für soziale und medizinische Angebote nur schwer erreichbar sind, anspricht. Ebenfalls mit dem zweiten Preis wurde die Universitätsklinik Münster ausgezeichnet, die mit dem Aufbau einer Hörscreeningzentrale dazu beiträgt, Kinder und

Eltern so lange zu begleiten, bis die Hörfähigkeit des Kindes abschließend geklärt ist und – wenn notwendig – die Behandlung und Förderung eingesetzt hat. Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGW) hat dieses Projekt ideell und finanziell unterstützt und befürwortet, indem die Kliniken in NRW zur Teilnahme aufgerufen wurden.

Der 3. Preis ging an die Stadt Köln, die es sich mit dem Projekt „Hauptsache bewegt“ zum Ziel gesetzt hat, durch Bewegungsförderung auch außerhalb des Sportunterrichts eine neue Form der Gesundheitsförderung an Kölner Hauptschulen zu etablieren. Ebenfalls Bestandteil dieses Projekts ist die Einführung von Gesundheitstagen.

Der „Gesundheitspreis Nordrhein-Westfalen“ wird jährlich im Rahmen der von der Landesgesundheitskonferenz, an der auch die KGW beteiligt ist, beschlossenen Landesinitiative „Gesundes Land Nordrhein-Westfalen“ vergeben. Die Auswahl der Preisträger trifft eine Arbeitsgruppe der Landesgesundheitskonferenz. Die endgültige Entscheidung lag bei Gesundheitsministerin Barbara Steffens.



Für das Projekt „Netzwerk und Aktionsprogramm – Gesunder Start ins Leben“, das zur Senkung der Säuglingssterblichkeit beigetragen hat, erhielt die Stadt Gelsenkirchen den 1. Platz.



Auf dem 2. Platz landete das Projekt „Aufbau einer Hörscreeningzentrale für Westfalen-Lippe – Beratung, Schulung und Nachverfolgung“ des Universitätsklinikums Münster.



## Landesgesundheitskonferenz beschließt Empfehlung zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landesgesundheitskonferenz in Düsseldorf haben unter Beteiligung der KGNW am 9. Dezember 2010 eine Entschließung zu Erhalt und Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen verabschiedet.

Nordrhein-Westfalens Gesundheitsministerin Barbara Steffens will gemeinsam mit Krankenhäusern, Kommunen, Krankenkassen, Selbsthilfe- und Patientenvertretungen, Ärztinnen und Ärzten, Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen sowie anderen in den Gesundheitsberufen Tätigen die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen verbessern.

„Die hohe Zahl psychischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen ist alarmierend. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass es bei etwa 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen schon Hinweise auf psychische Auffälligkeiten gibt, die je nach Ausprägung und Schweregrad bereits das Stadium einer Krankheit erreicht haben können“, sagte Steffens.

Um Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen, müssten Defizite behoben und Strukturen des Gesundheitssystems weiterentwickelt werden. „Dafür hat die Landesgesundheitskonferenz die Weichen gestellt“, freute sich die Gesundheitsministerin.

„Am Beispiel der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wird aber auch deutlich, dass das Gesundheitssystem nicht alleiniger Reparaturbetrieb für die Gesellschaft sein kann“, erläuterte die Ministerin.

Ohne qualifizierte Bildungs- und Familienpolitik, ohne die Schaffung der notwendigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern in ihren jeweiligen familiären oder sozialen Bezügen, ohne eine familiengerechte Arbeits-, Verkehrs-, Wohnungs- und Städtebaupolitik und ohne umfassende Integrationspolitik könnten keine durchgreifenden Erfolge erzielt werden.

Die Entschließung der Landesgesundheitskonferenz zu Erhalt und Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen setze insbesondere auf Prävention und die Erleichterung des Zugangs zu bedarfsgerechten und vernetzten Hilfen. Die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen für den bedarfsgerechten Ausbau der Beratungs- und Versorgungsangebote müssten weiterentwickelt werden.

Ministerin Steffens forderte den Bund auf, für die nachhaltige Finanzierung eines leistungsfähigen Gesundheitssystems zu sorgen. „Mir ist wohl bewusst, dass die Umsetzung der Entschlieungsempfehlungen angesichts der insgesamt sehr schwierigen Finanzlage von Land, Kommunen und Sozialleistungsträgern nur mit erheblichen Kraftanstrengungen aller Beteiligten zu leisten sein wird“, betonte die Ministerin. „Aber unter dem Strich wird sich ein Mehr an Prävention heute in der Vermeidung von Folgekosten morgen rechnen“, so Steffens.

Der komplette Wortlaut der Entschließung der Landesgesundheitskonferenz „Erhalt und Sicherung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen“ ist im Internet zu finden unter [www.mgepa.nrw.de](http://www.mgepa.nrw.de).

## Demografische Entwicklung wird Pflegemangel auslösen

Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigen, dass der demografische Wandel zu einem Personalmangel bei Pflegekräften führen wird. Im Jahr 2025 werden rund 152.000 Beschäftigte in Pflegeberufen fehlen, um die dann zu erwartende Zahl an Krankenhauspatientinnen und -patienten und Pflegebedürftigen versorgen zu können.

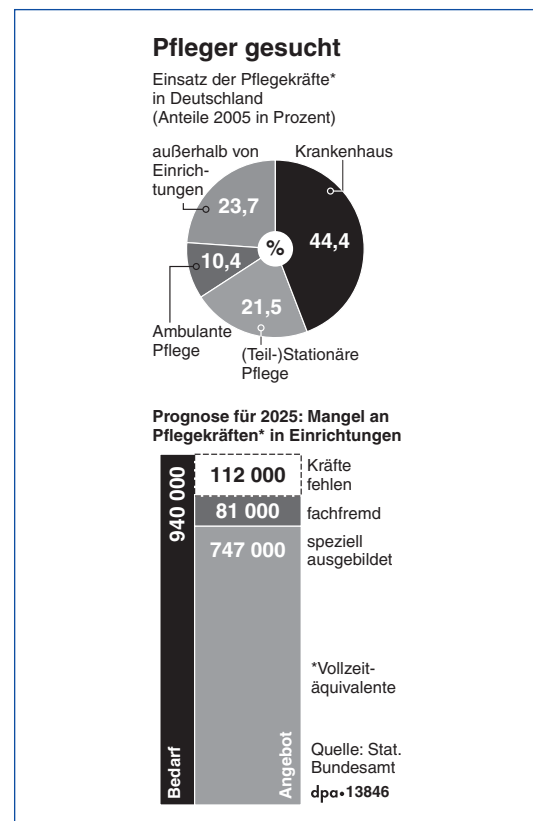
Umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit entspricht das etwa 112.000 Pflegevollkräften in Krankenhäusern, ambulanten und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen. Den Modellrechnungen zufolge stehen im Jahr 2025 einem Bedarf an 940.000 Pflegevollkräften lediglich rund 828.000 Pflegevollkräfte auf der Angebotsseite gegenüber.

Berechnungen des BIBB auf Grundlage des Mikrozensus ergeben, dass im Jahr 2005 rund drei Viertel der ausgebildeten Pflegekräfte in ihrem erlernten Beruf arbeiteten. Hierzu zählen Gesundheits- und Krankenpflegerinnen/-pfleger einschließlich Hebammen und Entbindungspfleger, Gesundheits- und Krankenpflegehelferinnen/-helfer und Altenpflegerinnen und Altenpfleger einschließlich Altenpflegehelferinnen/-helfer. Diese stellten aber nur 56,4% aller Beschäftigten in Pflegeberufen dar. Bereits im Jahr 2005 hätte es einen Arbeitskräftemangel gegeben, wenn nur ausgebildete Pflegekräfte berücksichtigt worden wären: 39.000 ausgebildete Pflegevollkräfte haben gefehlt. Bislang konnte der Bedarf an Pflegepersonal aber noch über ungelernete beziehungsweise angelernte Pflegekräfte kompensiert werden.

Gemäß den Modellrechnungen wird das Angebot ausgebildeter Pflegevollkräfte im Jahr 2025 bei 747.000 liegen. Der Arbeitskräftemangel wird sich bis dahin auf rund 193.000 erhöhen. Selbst der bislang hohe

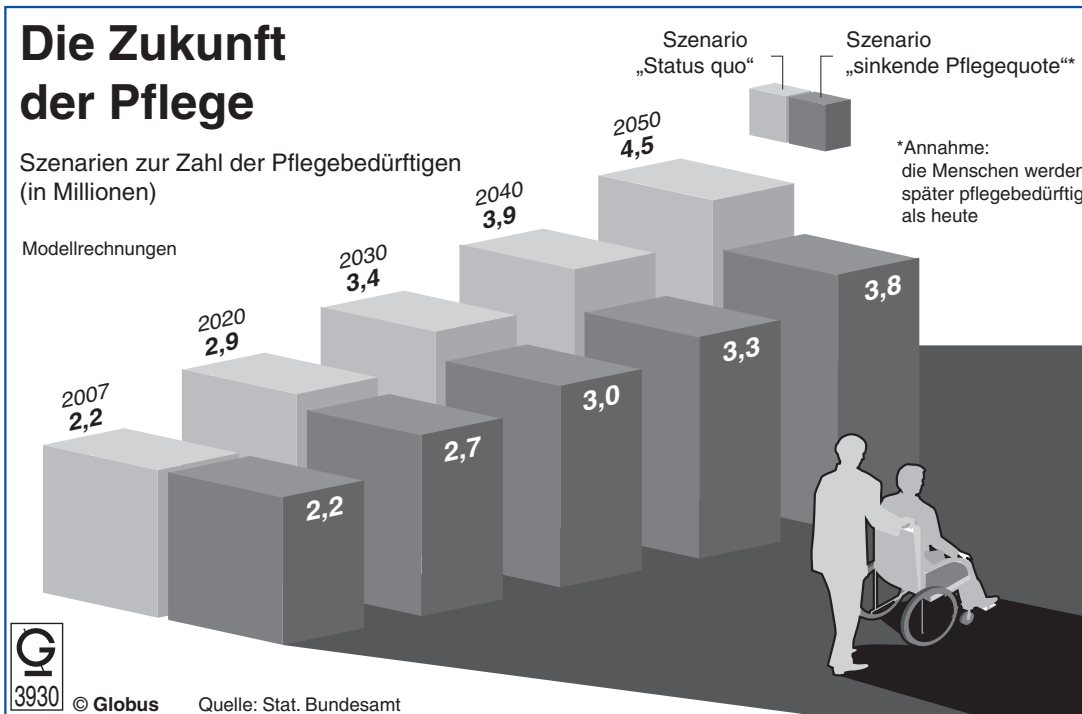
Zugewinn an fachfremdem Pflegepersonal wird spätestens ab dem Jahr 2018 nicht mehr ausreichen, um den steigenden Bedarf zu decken.

Die Studien von Destatis auf Grundlage des Mikrozensus verdeutlichen, dass dem steigenden Pflegepersonalbedarf begegnet werden könnte, wenn in Westdeutschland dieselbe Beschäftigungsstruktur wie in Ostdeutschland erreicht würde – mit mehr Voll- statt Teilzeitbeschäftigten. Hierdurch würde die Zahl der Pflegevollkräfte um 9,5% ansteigen, wodurch sich der Engpass im Jahr 2025 auf 34.000 Vollkräfte verringern würde. Erforderlich hierfür wäre jedoch ein Trend zu mehr Arbeitsstunden beziehungsweise Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen in den Pflegeberufen. Dieser Trend lässt sich jedoch seit Beginn des Jahrtausends nicht erkennen. Vielmehr



stellt eine Teilzeitbeschäftigung, vor allem bei westdeutschen Frauen, eine bewusste Entscheidung dar: So geben 69% des weiblichen Pflegepersonals

im Jahr 2005 im früheren Bundesgebiet laut Mikrozensus persönliche oder familiäre Verpflichtungen als Hauptgrund für ihre Teilzeitbeschäftigung an.



## Gesundheitskongress des Westens am 15./16. März 2011 in Essen

In diesem Jahr findet in Essen wieder der Gesundheitskongress des Westens ([www.gesundheitskongress-des-westens.de](http://www.gesundheitskongress-des-westens.de)) statt, der unter dem Motto „Innovation trotz/wegen knapper Kassen“ steht. Der Kongress findet am 15. und 16. März 2011 im Saalbau der Philharmonie Essen statt und wird von der WISO S. E. Consulting GmbH in Kooperation mit der KGNW durchgeführt.

Im Mittelpunkt des Gesundheitskongresses 2011 wird das Thema Innovationen stehen. Die zentrale Fragestellung, ob das deutsche Gesundheitssystem trotz oder gerade wegen der begrenzten Mittel in der Gesetzlichen Krankenversicherung offen für neue Prozesse, Therapien und Produkte sein muss, soll breit diskutiert werden. Ebenso sollen die notwendigen

Rahmenbedingungen in Deutschland für einen Spitzenplatz in der Medizin und der Gesundheitswirtschaft eruiert werden.

Eröffnet wird der Kongress durch NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Kongresspräsident Ulf Fink.

Prominent vertreten sind in Essen auch wieder die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser. Mit NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens wird der KGNW-Präsident Dr. Hans Rossels zum Auftakt des zweiten Kongresstages am 16. März 2011 im Rahmen einer Podiumsdiskussion über aktuelle Vorhaben des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter diskutieren. Weitere Diskussionsteilnehmer sind Cornelia Prüfer-Storcks, Vorstandsmitglied der AOK Rheinland/Hamburg, Dr. Wolfgang-Axel Dryden, Vorsitzender der

Herausgeber:  
Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW),  
Kaiserswerther  
Straße 282,  
40474 Düsseldorf  
Verantwortlich:  
RA Matthias Blum,  
Geschäftsführer  
der KGNW  
Redaktion:  
Lothar Kratz,  
Astrid Holler,  
Brigitte Albers,  
(Referat Politik/  
Presse der KGNW),  
Telefon  
(02 11) 4 78 19-0,  
Telefax  
(02 11) 4 78 19-99.  
Druck:  
HORN-DRUCK  
Schloßstraße 65  
40477 Düsseldorf  
Internet:  
www.horn-druck.com

Erscheinungsweise  
5 mal im Jahr.

Erscheinungs-  
datum:  
21. Ausgabe,  
21. Januar 2011

Der Bezugspreis  
für ein Exemplar je  
Ausgabe ist im  
Mitgliedsbeitrag  
enthalten.

Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, Dr. Manfred Georg Krukemeyer, Alleingesellschafter der Paracelsus-Kliniken sowie Dr. Peter Potthoff, Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein. Moderiert wird die Veranstaltung vom Kongresspräsidenten Ulf Fink.

Zum Thema „Sektorübergreifende Versorgungskonzepte: Zukunft der stationären Versorgung – Schnittstelle zum ambulanten Bereich“ wird KGNW-Vizepräsident Jochen Brink mit Prof. Dr. Michael Greiling vom Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Gelsenkirchen sowie Dr. Wolfgang-Axel Dryden, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, Dr. Wolfram Otto, Geschäftsführer der POLIKUM Holding GmbH und Jens Spahn, Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, diskutieren. Thomas Müller, Geschäftsführer im Bereich Unternehmensentwicklung und -steuerung der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe moderiert diese Veranstaltung.

Beim diesjährigen Gesundheitskongress wird erstmals auch die Rehabilitation besonders im Blickpunkt stehen. So sollen Modelle für eine mobile und ambulante Reha vorgestellt, Entwicklungstendenzen aufgezeigt und der Einfluss der demografischen Entwicklung besprochen werden.

In über 20 Veranstaltungen sollen folgende Schwerpunktthemen dargestellt und erörtert werden:

- Gesundheitspolitik und Weiterentwicklung der GKV,
- Innovationen, E-Health und Telemedizin,
- Die Zukunft der stationären Versorgung und Rehabilitation,
- Optimierung der medizinischen Versorgung/Versorgungsmanagement,
- Qualität und Transparenz/Patientensouveränität,
- Personal, Arbeitsmarkt, Gesundheitsberufe.

In diesen Themenbereichen stehen dabei folgende für die Krankenhäuser zentrale Fragen im Mittelpunkt wie:

- Gesundheitsreform in Deutschland: War's das schon oder was kommt noch?
- Innovative Konzepte bei der Prozess- und Ressourcenplanung im Krankenhaus
- Informationen helfen heilen – Qualität und Transparenz für mehr Patientenorientierung
- Innovationsförderung zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft
- Die Lage der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen – Von NRW lernen?
- Wie schafft man attraktive Arbeitsplätze in Krankenhäusern?

## 8. Düsseldorfer Krankenhausrechtstag am 12. Mai 2011

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA NRW) führt am 12. Mai 2011 in Düsseldorf den inzwischen 8. Krankenhausrechtstag durch.

Ziel der Veranstaltung ist es, aktuelle Probleme des Krankenhausrechts aus Sicht der Praxis vorzustellen und zu diskutieren. Themen der Expertenvorträge sind u. a. „Patientenrechte im Krankenhaus“, „Das

Krankenhaus in der sozialgerichtlichen Rechtsprechung“, „Hygieneanforderungen im Krankenhaus“. Marlis Bredehorst, Staatssekretärin im MGEPA NRW, wird die Teilnehmer begrüßen und in die Thematik der Veranstaltung einführen.

Ansprechpartner: LMR Dr. Frank Stollmann, MGEPA NRW, Tel.: (0211) 855-3290, E-mail: frank.stollmann@mgepa.nrw.de